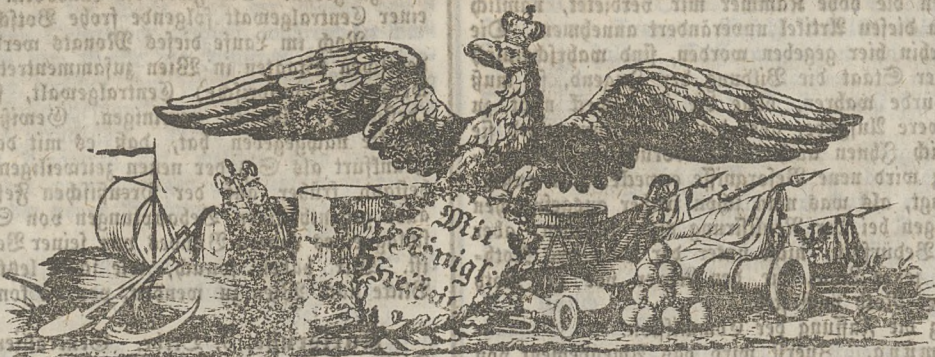


Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint
täglich,
Vormittags 11 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn-
und Festtage.

Alle
Postämter nehmen
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
25 Silbergroschen,
in allen Provinzen
der Preussischen Monarchie
1 Thlr. 1/4 sgr.

Expedition:
Krautmarkt No 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben.

Verantwortlicher Redakteur: A. S. G. Effenbart.

No. 236 Mittwoch, den 10. Oktober 1849.

Berlin, vom 9. Oktober.

Se. Majestät der König haben dem Rittmeister, aggregirt dem Regimente Garde du Corps, Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin Hobelt, als Ritter des Schwarzen Adler-Ordens, die dazu gehörige Decoration des Rothen Adler-Ordens erster Klasse en sautoir mit den Schwertern zu verleihen geruht.

Nachdem die auf Grund des Artikels 105 der Verfassungs-Urkunde unter dem 17. Mai d. J. erlassene, in der Gesetz-Sammlung Seite 175 verkündete

Verordnung, betreffend die Verlängerung der Zahlungszeit der Wechsel in Elberfeld und Barmen,

jenem Artikel der Verfassungs-Urkunde gemäß den Kammern zur Genehmigung vorgelegt worden ist, haben beide Kammern der gedachten Verordnung ihre Genehmigung ertheilt.

Dies wird hierdurch zur Beachtung bekannt gemacht.

Berlin, den 6. Oktober 1849.

Das Staats-Ministerium.

Graf von Brandenburg, von Ledenberg, von Manteuffel,

von Ströhal, von der Heydt, von Rabe, Simon,

von Schleinitz.

Bei der am 9. d. M. angefangenen Ziehung der 3ten Klasse 100ter Königl. Klassen-Lotterie fielen 2 Gewinne zu 3000 Thlr. auf No. 66,776 und 72,274; 1 Gewinn zu 2000 Thlr. fiel auf No. 51,490; 2 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf No. 39,213 und 45,130; 1 Gewinn von 400 Thlr. fiel auf No. 18,432; 5 Gewinne zu 200 Thlr. fielen auf No. 19,905, 22,598, 27,068, 66,736 und 67,620, und 10 Gewinne zu 100 Thlr. auf No. 1726, 3323, 5674, 27,036, 35,933, 45,050, 53,421, 54,711, 73,217 und 81,718.

Deutschland.

Berlin, 8. Oktober. (53ste Sitzung der Ersten Kammer.) Die Kammer geht zur Tagesordnung über, zur speciellen Verathung der Art. 21, 22, 23 und den vom Central-Ausschuß vorgeschlagenen neuen (24.) Artikel der Verfassungs-Urkunde.

Der Abg. Dr. Bignau (Thorn-Culm) spricht gegen die beantragte Streichung des Art. 21 und alle dazu gestellten Amendements; und für die Fassung des Textes in der Verfassungs-Urkunde.

Abg. Brüggemann hält die Streichung für nothwendig zur Verhütung, wenn nicht der Lehrer, so der Eltern. Er beruft sich zur Begründung seines Amendements auf seine 35jährige Erfahrung im Lehrwesen. Die Schule schließt sich aufs engste an die Familie, ja sie ist nur Darstellung der letztern nach außen, und wie die Familie eine Einheit zwischen Kirche und Staat darstellt in der Erscheinung des Familienvorstehers, so müsse auch die Schule diese Einheit in sich bilden. Die Psychologie hält die Einheit des Geistes fest; dieser Grundsatz würde zerrissen durch die Trennung der Schule von der Kirche. Erziehung läßt sich nicht üben ohne Unterricht und eben so umgekehrt, also darf die Volksschule sie nicht trennen, zumal die Trennung in den spätern Jahren, in der höhern Bildung von selbst eintritt. Nur das religiöse Element aber durchdringt vollkommen und als Eines alles Geistige, darum ist nur dies die passende Basis der Volksschule. Dies spreche sein Amendement aus. Nur die konfessionelle Schule sei für den Zweck der Volksschule die mögliche und heilsame.

Graf Rittberg empfiehlt die Fassung der Kommission.

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten: Wiewohl die Debatte nur den §. 21 behandelt, so wird doch ein Antrag, welcher die Streichung auch der folgenden Artikel will, mich entschuldigen, wenn ich über das Ganze einiges bemerke. Ich spreche mich entschieden gegen die Streichung aus, denn ich halte sie erstens für nicht angemessen, für nicht rathlich, wegen der nothwendig damit verbundenen Beunruhigung im Lande, aber auch für bedenklich, weil diese Beunruhigung wirklich in großem Umfange schon jetzt speciell nachzuweisen ist. Die Artikel sprechen die Rechte der Religionsgesellschaften, des Staates und der Lehrer aus und über dies Verhältniß darf in der Verfassung nicht geschwiegen werden. Denn die Verweisung auf das künftige Unterrichtsgesetz ist schon der Form nach nicht genügend. Geht diese Verweisung vom Ministerium aus, so ist dies immer nur einseitig und ohne sichere Konsequenzen und spricht auch selbst die Kammer sich dafür aus, so ist doch bei der künftigen Revision dieses Gesetzes und da die Basis der Veränderungen nicht immer dieselbe bleibt, noch durchaus nicht ein gewisses Resultat anzukündigen. Die Garantie der Verfassung aber ist jedenfalls größer als die des Gesetzes, und so wünsche ich, es würde nichts weggelassen.

von Ammon, als Vertreter des Referenten, verzichtet aufs Wort.

Man geht zur Abstimmung und nach längerer Debatte über die Fragestellung wird der erste Theil des ersten Satzes der ursprünglichen Fassung angenommen, darauf das Amendement Brüggemann zu §. 22 verworfen, der erste Satz nach der Kommissionsfassung angenommen, der erste Theil des Amendements Brüggemann zu §. 21 angenommen, der zweite Theil (bis „Religionsgesellschaften“) desselben Amendements veranlaßt eine Zählung, die Verwerfung des Satzes mit 65 gegen 48 Stimmen ergiebt; der Schlusssatz desselben Antrags fällt ebenfalls. Der zweite Satz wird nach der Kommissionsfassung angenommen, so daß der ganze Artikel also lautet:

§. 21. Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu. Der Staat steht unter gesetzlich geordneter Theilnehmung der Gemeinden, aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an. Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften. Die Kammer geht zur Verathung des Artikel 22 über.

Abg. Hansemann motivirt einen zu Artikel 22 gestellten Verbesserungs-Antrag. Dieser lautet: Die Hohe Kammer wolle beschließen: anstatt des Schlusssatzes im Art. 22: „Den Kindern unbemittelter Eltern wird in der öffentlichen Volksschule der Unterricht unentgeltlich ertheilt.“

zu setzen: „Den Kindern unbemittelter Eltern wird der erforderliche Elementar-Unterricht unentgeltlich ertheilt.“

Abg. Walter erklärt sich für diesen Verbesserungs-Antrag.

Rühne empfiehlt die absolute Verbindlichkeit der Gemeinden zur Unterhaltung der Schulen. Der Staat hat mehr Definitionen, als es Recepte gegen Zahnschmerzen giebt, eine der neuesten eines modernen Franzosen (Bastiat) nennt ihn das große Hirngespinnst, wonach ein Jeder auf Kosten der Andern leben zu können glaube. Das werde sich hier wohl auch bewahrheiten und das „aushülfsweise“ werde zur Regel werden. Er befürchtet auch für dies Jahr ein Deficit, wo es ungerechtfertigte Kühnheit wäre, (trotzdem, daß ein Redner des vereinigten Landtages (Hansemann) schon damals dem Finanzminister Kühnheit gerathen,) jetzt solche Verbindlichkeiten zu übernehmen und damit das Bestehen der Schulen selbst zu gefährden. (Bravo!) Wer könne den Nachweis des Unvermögens der Gemeinde führen und wer über dessen Gültigkeit entscheiden. Soll gar der Kammer diese Stellung zukommen?

v. Vincke empfiehlt eine Theilung des Artikels.

Rückert erhebt keine finanziellen Bedenken, da doch irgend Jemand dafür aufkommen müsse, und es gleichgültig sei, ob am Ende Provinzen oder der Staat zahlen. In Hansemanns Amendement liege die Entstehung von Armenhäusern, somit stimme er für die Kommissionsfassung.

v. Ammon debucirt mit Gründen die Verpflichtung der Gemeinde und empfiehlt ebenfalls die Kommissionsanträge.

Man geht zur Abstimmung und zwar nach Rückerts Antrag mit Theilung des ersten Satzes. Zuerst wird die Weglassung der Worte: „und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate“ verworfen, darauf der erste Satz unverändert angenommen, der Antrag Hansemann ebenso, womit der zweite Theil fällt.

Der Artikel lautet also:

§. 22. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besondern Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. Den Kindern unbemittelter Eltern wird der erforderliche Elementarunterricht unentgeltlich ertheilt.

Man geht über zu §. 23, und die Debatte beginnt.

Ein Amendement von v. Bodum-Dolffs, dahin lautend: hinter: „Volksschullehrern“ einzuschalten: „gleich den Staatsbeamten,“ wird unterfügt.

Hansemann beantragt folgende Fassung:

„Die Volksschullehrer erhalten ein den Localverhältnissen angemessenes Einkommen.“ Sie wird unterfügt.

Seeger führt an, daß von 23,000 Lehrern ein Sechstheil unter 50, ein Fünftheil zwischen 50 und 100 Thlr. an Einkommen habe. Ob dies Einkommen zu nennen sei, wisse er nicht. Die Subsistenzmittel eines Arbeiters auf dem platten Lande in den östlichen Provinzen beliefen sich nothwendig auf 80 bis 90 Thlr. jährlich. Die Salzsteuer von ebendem hätte vortreflich zu solchen Verbesserungen ausgedient. Hätte man den Gemeinden früher gesagt: Reich dem Hungrigen Dein Brod, so hätten diese es meist so verstanden, den Lehrern noch etwas mehr abzubrechen. Diesem

gegenüber müsse allerdings der Staat Gewähr leisten. Er empfiehlt das Amendement v. Bockum-Dolffs.

Der Minister der geistl. Angel.: Ich habe bereits die Gründe dargelegt, aus denen ich eine Aenderung oder Streichung dieser Artikel nicht für gut halte; aber aus Rücksicht gegen den Lehrstand will ich das thun, was die Rücksicht gegen die hohe Kammer mir verbietet, nämlich wiederholt bitten, Sie möchten diesen Artikel unverändert annehmen. Die statistischen Notizen, welche vorhin hier gegeben worden, sind wahrscheinlich nicht übertrieben. Wünscht der Staat die Bildung der Jugend, so muß er auch den Bildnern die Würde wahren, ohne die ihr Zweck nicht zu erfüllen ist. Es ist eine schwere Aufgabe, aber die Verwaltung wird sie erfüllen. Deshalb empfehle ich Ihnen auch den Ausdruck der Gewährleistung, denn seine Streichung wird neue Besorgnisse erwecken und außerdem wird damit nicht mehr gesagt, als was man schon früher ausgesprochen hat. Man wird Ausweisungen bei der Realisirung nicht begehen, aber es ist ein eben so dringendes Bedürfnis, nicht unter der Linie des Nothwendigsten zu bleiben, unter jener Linie, die den Lehrer vor der Noth sichert und vor dem, was unter Noth noch steht.

v. Ammon empfiehlt kurz die Fassung der Commission.

Man kommt zur Abstimmung. Zuerst wird das Amendement von Bockum-Dolffs verworfen, dagegen das Amendement Hansemann angenommen, so daß der Artikel also lautet:

§. 23. Die Volksschullehrer erhalten ein den Verhältnissen angemessenes Einkommen.

Ohne Debatte wird darauf der Antrag der Kommission auf den Zusatz also angenommen:

§. 24. Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen.

Damit ist die Verathung dieses Verfassungs-Abschnittes beendet.

Die Sitzung schließt 3¼ Uhr.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt aus Berlin, 5. Oktober: „Oesterreich, wie es scheint, verlangt besonders Modifikationen. Zuerst sollte man die Frage des Präsidiums gar nicht erwähnen, sondern die jedesmalige Regulirung derselben den Commissären selbst überlassen. Zweitens würden die kleineren Staaten Gesandte bei außerordentlichen Missionen ernennen können. In diesen beiden Punkten hat also Oesterreich theils nachgegeben, theils die Zukunft gewahrt. Was nun die Schiedsrichter betrifft, so will Oesterreich: Preußen und Oesterreich bezeichnen jedes einen Fürsten unter Allen, die zwei Commissare ernennen. Einigen sich auch diese nicht, so wählen die Schiedsrichter in letzter Instanz einen dritten. Bernstorff, der ziemlich viele Instruktionen zu haben schien, unterzeichnete das Alles, reservirte aber die Ratifikation Preußens. Das Ministerium schwankt nun. Seine Freunde sagen, weil es die Schiedsrichter-Frage nicht so annehmen möchte. Auf der andern Seite hört man versichern, das Ministerium fürchte, der Verwaltungsrath möchte seine Zustimmung verweigern. Dieser war gestern versammelt und wird heute Abend eine neue Verathung halten. Des Herrn von Radowski Ansicht mag damit zusammenhängen. Jedenfalls soll das Ministerium entschlossen sein, ohne des Verwaltungsraths Zustimmung nicht zu ratifizieren. Die Antwort des Herrn v. Schleinitz endlich würde wohl einen bessern Eindruck gemacht haben, wenn er hinzugefügt hätte, daß die Vorlage wegen Verusung des Reichstages noch heute Abend beim Verwaltungsrath übergeben werden soll. Dies wird von den Freunden des Ministeriums als bestimmtes Faktum mitgetheilt. Oesterreich scheint noch immer den raschen Abschluß sehr zu wünschen, vielleicht weil es den Reichstag fürchtet.“

Bromberg, 6. Oktober. Das Gerücht, daß aus den Provinzen Preußen und Posen in Zukunft 3 Oberpräsidenten gebildet werden sollen, gewinnt immer mehr an Consistenz, namentlich spricht man davon, daß außer den schon bestehenden Oberpräsidenten auch Bromberg zum Sitz eines Oberpräsidenten erhoben werden solle. Zu Bromberg soll ein großer Theil des Marienwerder Regierungsbezirks geschlagen, während zu Posen Theile von Schlesien und namentlich von dem übergroßen Frankfurter Departement gewiesen werden. Damit in Verbindung tritt das Gerücht von der Ausföhrung der Demarkationslinie, die schon in nächster Zeit in Aussicht stehen soll. Man will sogar von einem Briefe des Herrn Ministers von Manteuffel an einen seiner im hiesigen Departement lebenden Freunde wissen, der alle diese Gerüchte bestätigen soll. (V. M.)

Düsseldorf, 4. Oktbr. Gestern fand hier eine militärische Feierlichkeit statt, die wohl verdient, in weiterem Kreise bekannt zu werden. Das hiesige Garde-Landwehrbataillon hatte nämlich seiner in Baden bewiesenen Tapferkeit halber vier Dekorationen der silbernen Verdienst-Medaille am Bande des eisernen Kreuzes zuerkannt bekommen, und waren die betreffenden Vorschläge nach Berlin abgegangen. Als diese zurückkamen, fand sich, daß noch ein fünftes Zeichen der Anerkennung hinzugefügt war, daß es aber dem Bataillon überlassen werde, selbst die Leute zu wählen, welche es als die verdienstvollen erkenne. Das geschah, und fiel die Wahl von vier derselben auf dieselben Personen, welche auch dazu vorgeschlagen waren, während man das fünfte Dienstzeichen dem einzigen verwundet in Baden zurückgelassenen Landwehrmanne zuerkannte. Gewiß ein rührendes Zeichen kameradschaftlicher Gesinnung. Gestern nun wurden den betreffenden Leuten diese Auszeichnungen feierlich übergeben. (K. Z.)

Düsseldorf, 6. Oktober. Bei dem gestern und vorgestern hier wüthenden Südwest-Sturme, wo außergewöhnliche Spätgewitter sich eingestellt hatten, hat der noch von früheren Zeiten zum Gebrauch der Eisenbahngesellschaften angelegte oberirdische elektrische Telegraph zwischen Beu-rath und Langenberg, etwa drei Stunden von hier, bedeutend gelitten. Der Blitz zündete und lief etwa 100 Schritte weit dem Drath entlang, zerstörte mehrere der tannenen Stützen und schlug endlich erst in die Erde ein.

Hannover, 6. Oktober. Der Vertrag wegen der neuen provisorischen Centralgewalt, deren Dauer gleich der des Berliner Bündnisses bis zum 1. Mai 1850 bestimmt ist, liegt der hiesigen Regierung zur Ratifikation vor. (H. M.-Z.)

Schwerin, 6. Oktober. Der „Dem. Z.“ zufolge ist der hiesige Magistrat mittelst Rescripts der Regierung angewiesen, die Schweriner Bürgerwehr aufzulösen.

Aus Thüringen, 5. Oktbr. In dem sachsen-meiningschen Städtchen Saalfeld ist vorgestern eine großartige kirchliche Versammlung aus allen Theilen Thüringens abgehalten worden. Man beschloß die Einführung von Presbyterien als Vorbereitung auf die Synodalverfassung, verabschiedete Zweckmäßiges behufs der inneren Mission und sann auf Mittel, das von Frommann in Jena herausgegebene Kirchenblatt auf den doppelten Umfang zu bringen. Präsident der Versammlung war Kirchenrath Schwarz

in Jena und zum Orte der nächsten Zusammenkunft ward Gotha aus-
ersehen. (D. A. Z.)

München, 4. Oktbr. Es ist wohl interessant, von der Wissenschaft derjenigen Blätter, die gut unterrichtet sein wollen, hin und wieder Proben zu geben. So giebt die Landbötin ihren Lesern über die Feststellung einer Centralgewalt folgende frohe Botschaft:

Noch im Laufe dieses Monats werden bevollmächtigte Gesandte aller deutschen Staaten in Wien zusammentreten, um nicht nur über eine einstweilige (provisorische) Centralgewalt, sondern auch über eine endgültige (definitive) sich zu vereinigen. Gewiß ist ferner, daß Preußen in dem Punkte nachgegeben hat, daß es mit der Mehrzahl der anderen Staaten Frankfurt als Sitz der neuen zeitweiligen Bundesbehörde belassen will (es bestand früher auf der Preussischen Festungsstadt Erfurt) und daß, trotz aller gegentheiligen Behauptungen von Seite der Kleindeutschen, der Vorschlag eines engern Bundes von seiner Verwirklichung mehr als je entfernt ist. Wir haben sonach, wie schon leztthin gesagt worden, vorerst unsere Blicke nach Wien zu wenden, von da kommt nun die Entscheidung. (D. Ref.)

Karlsruhe, 3. Oktbr. Generalleutnant v. Scharnhorst hat die Stelle eines Gouverneurs der Festung Rastatt nicht angenommen; man sagt, er habe die Absicht ausgesprochen, aus dem Dienst zurückzutreten.

Karlsruhe, 6. Oktober. Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen, welcher am 28. v. M. eine Reise nach Weimar angetreten hatte, ist gestern Abend hierher zurückgekehrt.

Das gestern erschienene Regierungs-Blatt enthält die Verordnung, die Einziehung der Kapital-Steuer betreffend.

Dasselbe Blatt enthält die Anzeige von der Zurechensetzung des Geh. Raths und Professors Dr. Liebmann an der Universität Heidelberg, seinem Wunsche gemäß, unter Anerkennung seiner ausgezeichneten Verdienste um die Wissenschaft und seiner langjährigen treu geleisteten Dienste.

(Const. Z.)

Rastatt, 3. Oktober. Heute sind wieder gegen 40 badische Soldaten aus der Schweiz hierher gebracht worden. Sie machen eine wahrhaft klägliche Schilderung von dem Zustande, in welchem die mittellosen Flüchtlinge in der Schweiz sich befinden. Wohl die meisten der heute hier Eingetroffenen, wenn nicht gar alle, scheinen gründlich kurirt. Der Sohn einer hiesigen Familie, der sich ebenfalls als Flüchtling in der Schweiz befindet, hat schon vor einiger Zeit geschrieben: „sie wollten nichts mehr von den Lumpen wissen, die sie in solches Elend geführt; er und seine Unglücksgefährten würden zeitlebens bereuen, was sie gethan.“

Vor dem Standgericht standen heute Handlungsdiener Baumann von Lahr und Fourier Neckermann aus Unterschüpf, Amts Mosbach, vom ehemaligen 1sten Infanterie-Regiment. Ersterer war früher in einem Bader Handlungshaus, hatte sich dann an dem Strubesschen Aufstande betheiligt, wurde aber in Freiburg bei dem Fickler-Strubesschen Prozeß freigesprochen. Gleichwohl hat er an der Mai-Revolution wieder Theil genommen, jedoch, wie er angiebt, lediglich in der Absicht, für die Durchführung der Reichsverfassung zu wirken, weil er gehofft habe, dann auf den Grund der deutschen Reichsverfassung und der deutschen Grundrechte 600 fl. Entschädigung für widerrechtliche Verhaftung in obigem Prozeß zu erhalten. Der junge Mann wollte also offenbar Geschäfte in der Reichsverfassung machen. Uebrigens war er bei der Verhaftung des Pfarrers Sprenger in Dieheim thätig. Das Standgericht verwies ihn vor das ordentliche Gericht, während der Staats-Anwalt auf 10 Jahre Zuchthausstrafe angetragen hatte. Neckermann war ebenfalls schon bei dem Aufstande des vorigen Jahres betheiligt und auf 9 Monate in das Zuchthaus verurtheilt worden. Bei dem Ausbruch der Mairevolution schloß er sich aufs neue an, hielt aufreizende Reden und war bei den Gefechten zu Michelbach und Rothenfels. Nach dem Antrag des Staats-Anwalts wurde er zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt. (Const. Z.)

Wormheim, 2. Oktober. Kaum hat die preussische Besatzung unsere Stadt verlassen, so fängt auch der alte Sauerteig wieder zu gähren an. Die Hederhüte, die seither verleugneten, werden wieder zur Schau getragen, und die muthigsten unserer Umsurzmänner trieb die Courage so weit, daß sie sogar ein verlassenes Schilderhaus umzustürzen wagten, während Andere ihre Bravour dadurch betheiligten, daß sie nach später Feierabendstunde in einer Bierkneipe schwarz und weiß schlafmühen aufzogen, Hederlieder sangen und die Polizei, welche Feierabend bot, verhöhnten. (Karler. Z.)

Frankfurt, 6. Oktbr. Die Nachricht, daß sich zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika sehr ernste Differenzen erhoben haben, kann ich Ihnen von hier aus, auf Grund einer Aeußerung des Gesandten der Vereinigten Staaten bei der Centralgewalt, bestimmt bestätigen. (D. Ref.)

Unter den unsere Besatzung bildenden Truppenkörpern scheinen namentlich Friede und Eintracht so vollkommen wiederhergestellt zu sein, daß mit dem gestrigen Tage diejenigen Maßregeln außer Kraft gesetzt werden konnten, welche, um Konflikten unter denselben vorzubeugen, zu Anfang der Woche angeordnet waren. Den Soldaten des bairischen Zägerbataillons ist der Besuch Frankfurts auch ohne besondere Erlaubniß fortan wieder gestattet, sohin auch die Mainbrücke wiederum den Preussischen Militärs zugänglich geworden.

Frankfurt, 5. Oktober. Wie wir so eben hören, habe sich Preußen und Baiern geeinigt, und würde der Sitz der bisherigen Centralgewalt in Frankfurt bleiben. Der bairische Major Spieß soll diese Teresche heut überbracht haben.

Der Vertrag zwischen Preußen und Oesterreich wegen Bildung eines neuen inzwischentlichen Bundesorgans ist am 30. v. M. von dem Grafen von Bernstorff und dem Fürsten von Schwarzenberg in Wien abgeschlossen und dabei den beiden betreffenden Regierungen eine zehntägige Ratifikationsfrist vorbehalten worden. Der Vertrag gründet sich in allen wesentlichen Punkten auf den preussischen Entwurf, so daß die scharfe Kompetenzbegrenzung der Bundescentralcommission jede Einschwärmung von Befugnissen des früheren Bundestages unmöglich macht. Die Errichtung eines deutschen Bundesstaats auf Grundlage des Dreikönigsentwurfs erscheint durch den Vertrag auch von der Seite gesichert, daß Oesterreich einer derartigen inneren Umgestaltung Deutschlands die Berechtigung thatsächlich zugesetzt. (D. Z.)

Vom Main, 3. Oktober. Aus besser Quelle erfährt man so eben, daß die Unterhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich in Betreff des neuen Bundesorgans zum Abschluß geziehen sind. Die letzten Anstände hatten in den Fragen wegen des Vorfiges und wegen Zulassung von Bevollmächtigten bei der Bundescentral-Commission gelegen. Auch sie sind gehoben, und zwar, wie wir hören, in der Weise, daß der Vorfig von 3 zu 3 Wochen zwischen Preußen und Oesterreich wechselt, während die Vertretung bei der Commission nur in dem Geiste des Instituts selbst aufgestellt und für zulässig erachtet wird, welcher ihm jedes an den Bundestag erinnernde Dasein abspricht und seine Befugnisse auf die reine Verwaltung des gemeinschaftlichen Bundesguts zurückführt. Wenn die Commission ins Leben tritt, dann hört damit das Aergerniß auf, welches man innerhalb und außerhalb Deutschlands an der gegenwärtigen sogenannten provisorischen Centralgewalt nimmt. Sitz der neuen Behörde wird ebenfalls Frankfurt a. M. sein. (Conf. 3.)

Bracke, 5. Oktbr. Die deutsche Kriegsdampffregatte „Cora“ ist hier angekommen und wird hier die noch erforderlichen Juristationen erhalten. (Ref. 3.)

Hamburg, 7. Oktober. Der Werth unserer Grundstücke sinkt so bedeutend herab, daß dieselben in den besten Gegenden der Stadt beim Verkauf nur den Werth des Bodens bringen, und oft das nicht, denn in diesen Tagen ward ein Grundstück verkauft, welches mit 22800 Mark verkauft wurde, und dessen Grund allein 30,000 Mark gekostet hätte. Ein anderes Haus ist mit einem Verlust von 35,000 Mark verkauft worden. Die Gräfin Ida Hahn-Hahn wird den Winter über in Hamburg domiciliren, außer ihr läßt sich ein Graf v. Württemberg mit seiner Gemahlin, einer Prinzess von Lippe-Deimold hier nieder. (Bos. 3.)

Altona, 8. Oktober. Die preussische Besatzung in Hamburg hat gestern bei Parole Ordre erhalten, sich marschfertig zu halten nach Schleswig, da jeden Augenblick der Befehl zum Ausmarsch erfolgen könne. Von der preussischen Militärbehörde ward zugleich die Anfrage an die Altonaische Eisenbahnbehörde gestellt, ob sie das Militär jederzeit befördern könne; die Eisenbahn verweigerte aber in Folge der Ordre der Statthaltertschaft die Beförderung, und wir wissen nicht, was nun geschehen wird, ob man die Lokomotiven gewaltsam an sich nehmen oder zu Fuß marschiren, welches letztere wiederum seine Schwierigkeiten haben könnte. Wie mir von Reisenden versichert wird, die heute morgen mit der Eisenbahn gekommen sind, so hat General von Bonin in Elmshorn bei seiner Durchreise die Ordre zurückgelassen, daß nach dem südlichen Schleswig vorgegangen werden soll, vielleicht nur aus Lokalrücksichten, doch dies ist kaum zu glauben, da ein Einrücken in das südliche Schleswig ein Bruch der Waffenstillstands-Conventionen wäre. Daß aber etwas im Werke, wenn auch noch nicht reif, ist, zeigen die verschiedenen Reisen unserer Diplomaten. Dafür spricht eine sonst gut unterrichtete Correspondenz der Köln. Zig. aus Berlin, welche mit meinen in Ihrer Zeitung ausgesprochenen Ansichten übereinstimmt.

Auch eine andere Frage tritt in ein neues Stadium, die Frage wegen des Gesions; heute traf ein Offizier der Marine von Frankfurt mit Depeschen von der Centralgewalt ein, die Depesche bringt dem kommandirenden Offizier des Gesions Ordres über sein ferneres Verbleiben mit dem Reichsschiffe. Der Marine-Offizier ist der Meinung, daß es nicht in Eckernförde verbleiben werde, den Ort der Bestimmung konnte oder wollte er nicht angeben.

Der 6. Oktober hat wirklich zu Unruhen Veranlassung gegeben. Schleswig-holsteinische permissirte Soldaten zogen in Flensburg mit einer schwarz-roth-goldenen Fahne ein, die Danomanen hatten mit dänischen Fahnen geslaggt und es währte nicht allzulange, so geriethen die permissirten Soldaten mit dänischen Matrosen in Streit, der so ernstlich wurde, daß bedeutende Verwundungen vorgefallen sein sollen; es kämpften etwa 40 gegen 40, die Entscheidung ist ungewiß und wahrscheinlich schreibt sich jede Partei den Sieg zu. In Tondern und Husum soll es gleichfalls zu Demonstrationen gekommen sein, doch scheint uns dies nur gegen Danomanen gewesen zu sein, da man mit dem Militär im besten Einvernehmen lebt; etwas großes kann es demnach nicht gewesen sein, denn weder in Husum noch in Tondern giebt es viele dänisch Gesinnte. (Conf. 3.)

Apenrade, 3. Oktbr. Nachdem vorgestern der frühere Postmeister Capt. v. Moltke mittelst schwedischer Waffengewalt den Postmeister Knudsen aus seinem Amte verdrängt, waren von Seiten der hiesigen Besatzung alle möglichen Vorkehrungen getroffen, um jeder Demonstration der hiesigen Einwohner gegen den uns aufgezwungenen Postmeister Moltke vorzubeugen. Das Militär und namentlich die norwegische Artillerie war angewiesen, sich für den Abend und die Nacht bereit zu halten, um jede Minute ausrücken zu können. Der General Malmberg, der in Flensburg die Anzeige erhielt, daß man damit umginge, dem Moltke eine Razenmusik zu bringen, erkannte hierin eine so drohende Gefahr, daß er sich sofort mit Courierpferden herbeifordern ließ. Sofort nach seiner Ankunft in Apenrade ließ der General den Bürgermeister Schow zu sich berufen und erklärte ihm, er habe die Kunde erhalten, daß die Bürgerschaft dem Postmeister M. eine Razenmusik bringen wolle und sei herbeigerufen, um eine so gefährliche Demonstration (!) in der Geburt zu ersticken. Er sei einmal kein Freund von solchen Musiken und werde sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern wissen. Er sei nach Schleswig kommandirt, um einen gesetzlichen Zustand im Lande aufrecht zu erhalten, welcher aber bei Razenmusiken nicht bestehen könne und daher thue er dem Bürgermeister hiermit zu wissen, daß er seinem Militär die Ordre erteilt habe, einen jeden Bürger, der sich bei der intendirten Demonstration betheiligen sollte, sofort zu ergreifen, nach dem Rathhause zu bringen und dort ohne Weiteres mit Haselstöcken regalisieren und durchpeitschen zu lassen. Dieses wollte der Bürgermeister den Apenrader Bürgern communiciren. Der Bürgermeister erwiderte, daß ihm von einer Razenmusik nicht ein Wort zu Ohren gekommen, daß er aber nicht verfehlen würde, die allerdings sehr denkwürdigen Aeußerungen des Herrn Generals seinen Mitbürgern mitzutheilen. Bevor Schow sich entfernte, ließ der General den Commandanten eintreten und erteilte ihm in Uebereinstimmung mit dem Vorstehenden die gemessensten Befehle, damit der Bürgermeister sich überzeugen könne, daß es ihm mit seinen geäußerten Drohungen Ernst sei. (N. fr. P.)

Eckernförde, 6. Oktober. Die Landes-Versammlung hat dem Magistrat der Stadt Eckernförde unterm 4ten d. M. angezeigt, daß jedem der

renitirenden Magistrats-Mitglieder 10 Mann Einquartierung als Execution so lange eingelegt werden sollen, bis sie sich dazu verstanden haben würden, die Bekanntmachung vom 17ten v. M. zu publiciren. (H. C.)

Oesterreich.

Wien, 5. Oktbr. Briefe aus Siebenbürgen berichten, daß die dort stationirten Truppen Befehl erhalten hätten, sich marschfertig nach der Türkei zu halten. Dessenungeachtet und trotz des Abbrechens aller diplomatischen Verbindungen glauben wir nicht, daß es den Kabinetten von Oesterreich und Rußland Ernst damit sei, der Drohung die That folgen zu lassen. (D. Ref.)

Wien, 6. Oktbr. Frau v. Görgey hat sich, wie wir hören, vorgestern dem Marschall Radetzky mit der flehentlichen Bitte vorgestellt, ein Fürwort bei Sr. Majestät dem Kaiser einzulegen, auf daß ihrem Gatten ins Ausland zu gehen erlaubt werde. Der Marschall soll ihr seine Fürsprache auf das Freundschaftlich zugesagt haben.

Wien, 7. Oktober. Man spricht wiederholt davon, daß Batthiany, Kis, Anich und Graf v. Leiningen in Folge kriegsrechtlichen Spruches gehängt worden sind.

— Von den Offizieren der Komorner Besatzung haben bereits an 200 um Pässe ins Ausland angefragt, wovon sich die Meisten nach Amerika begeben. Klapka, Otto Graf Zichy und Ujhazy wollen sich nach Frankreich und Belgien begeben.

— Dembinski, Bem und mehrere andere der ungarischen Insurgentenführer sind glaubwürdigem Vernehmen nach nicht nur zum Islam übergetreten, sondern haben auch türkische Kriegsdienste angenommen. (D. Ref.)

Italien.

Rom, 27. September. Immer neue Gerüchte beunruhigen die aufgeregten Gemüther. Einmal will man wissen, Oesterreich zöge eine Armee von 60,000 Mann in den Legationen zusammen, dann wieder, die Franzosen würden sich zurückziehen und den Spaniern die Aufrechterhaltung der Ruhe überlassen. Alles dies ist eben so unwahrscheinlich, als unwahr, aber es zeigt, wie wenig Vertrauen und wie wenig Hoffnung man auf eine bessere Gestaltung der Dinge setzt. Der Papst hat den Truppen, welche zu seiner Restauration beigetragen haben, eine Anzahl von Decorationen übersendet. Dieselben bestehen in einer Medaille, welche die Inschrift trägt: „Pius IX. P. M. collatis armis catholicis in suam sedem restitutus, anno 1849.“

Bologna, 26. September. Heute wurden 17 Toskaner, die der Bande Garibaldi's angehört hatten, unter Begleitung von Carabinieri an die Gränze geführt. Auch wurden 8 Individuen erschossen und 8 andere zu Geldstrafen verurtheilt, weil sie Waffen trugen.

Frankreich.

Paris 4. Oktober. Die mit der Prüfung der römischen Frage beauftragte Kommission hat den Grafen Mole zum Präsidenten und den Grafen Beugnot zum Secrétaire ernannt, eine Wahl, aus der man schließt, daß die Majorität der gesetzgebenden Versammlung sehr wenig geneigt sei, die Politik des Briefes Louis Bonaparte's an Ney zu der ihrigen zu machen. Herr Mole sprach sich indessen, wiewohl er jeden Gedanken, dem Papste Bedingungen vorzuschreiben, von sich abwies, in der Erörterung, die in der Kommission stattfand, für eine fernere Besetzung Roms aus, während Herr Thiers die sofortige Rückkehr der französischen, in Italien stehenden Truppen verlangte. Thiers meinte auch, das Motuproprio des Papstes sei völlig ausreichend, und weiter könne Pius IX. mit seinen Zugeständnissen nicht gehen. In einer Versammlung des Vereins der Rue de Poitiers wollte Herr von Larochefacquelin, in Erwartung eines Antrags von der Linken, den Kampf auf diesem Gebiet beginnen. Dem aber widersetzte sich Herr Mole, welcher der Tagesordnung der Linken eine andere motivirte entgegenstellen wollte. Andere, und unter ihnen Herr von Kerdrel, waren gegen jede motivirte Tagesordnung, weil sie, in welcher Fassung sie immer beliebt würde, die Majorität nur spalten könne. Herr Batismenil vertheidigte die weltliche Unabhängigkeit des Papstes als eine Lebensfrage für alle katholischen Mächte, und auch Herr Dupin wollte die römische Frage als eine rein religiöse betrachtet wissen. Die von dem Präsidenten in seinem Brief an Oberst Ney aufgestellten Prinzipien fanden bei der Partei der Rue de Poitiers gar keinen Anklang, und Herr Saint-Beuve blieb der Einzige, der sich in diesem Sinne aussprach.

Paris, 5. Oktober. Der Moniteur zeigt heute an, daß Lucian Murat zum französischen Gesandten in Turin ernannt worden. Herr Sain de Bois-le-Comte, bisher französischer Gesandter in Turin, wird in gleicher Eigenschaft nach Washington gehen.

— Der Constitutionnel sagt: „England und Frankreich haben einen Vertrag zur Unterdrückung des Sklavenhandels mit einander abgeschlossen, und zu diesem Zweck ein Blockadegeschwader an der afrikanischen Westküste aufgestellt. Leider ist diese Maßregel nicht von dem gewünschten Erfolge gewesen; trotz der 28 Schiffe, die England, und der 26, die Frankreich zu diesem Dienste stellt, blüht der Sklavenhandel mehr als je zuvor, und blos 4 Proz. der ausgeführten Sklaven wurden von den Kreuzern befreit. Der Preis der Neger ist in Brasilien und Cuba so hoch, daß selbst, wenn von drei Schiffen eines seine Fahrt glücklich vollendet, das Unternehmen noch Gewinn abwirft. Aber da die Sklavenhändler jetzt sehr häufig Dampfschiffe anwenden, so stellt sich das Verhältniß für sie viel günstiger. Ein anderer Uebelstand der Blockade ist, daß die Leiden der Sklaven auf den Schiffen durch sie beträchtlich erhöht werden, denn um das Glück des Durchkommens so ausgedehnt als möglich zu benutzen, werden die Neger auf das engste über einander geschichtet. Alle See-Offiziere, die an der afrikanischen Küste stationirt haben, sind darüber einig, daß auf diese Weise der Sklavenhandel nicht zu unterdrücken ist und daß England die darauf verwendeten Millionen rein wegwirft. Die öffentliche Meinung spricht sich auch täglich offener gegen die Aufrechterhaltung der Blockade aus, und ihre achtbaren Organe lassen jetzt Ansichten hören, die man vor einem Jahre noch nicht auszusprechen wagen durfte. So schlägt die Times vor, England solle selbst den Transport der Sklaven unter der Bedingung übernehmen, daß sie nach einer gewissen Dienstzeit auf Kosten der Kolonisten frei in ihr Vaterland zurückgeschickt werden. Die französische Blockade-Eskadre zeigte sich noch wirkungsloser, als die englische. Ihre 26 Kreuzer nahmen 1847 12 brasilianische Sklavenschiffe. Da aber der Staatsrath sich nicht für berechtigt hielt, die Gesetze gegen Seeräub auf Sklavenhandel anzuwenden, so gab er 8 der gekaperten Schiffe frei, und der Staat mußte den Negern noch Entschädigung geben. Seitdem scheinen die

Stations-Offiziere beschlossen zu haben, kein Schiff mehr mit Besatzung zu belegen, denn seit 1847 haben die französischen Kreuzer keine einzige Prise gemacht. Auch ist die Eskadre auf 14 Fahrzeuge vermindert worden. Ihre Wirksamkeit beschränkt sich darauf, dann und wann eine Landung zu bewerkstelligen, um Sklavenmärkte zu zerstören oder Negerhäuptlinge, welche vertragswärtig Sklavenhandel treiben, zu bestrafen."

Paris, 5. Oktober. Kaum hat die französische Diplomatie die glänzende Niederlage in Rom verschmerzt, als sie eine wo möglich noch glänzendere in Washington erleidet. In Rom oder Gaeta kümmert man sich wenig um die Wünsche und Forderungen oder gar Drohungen der Republik, in Washington antwortet man auf die, wie es scheint, nicht in den besten Formen abgefassten Forderungen des französischen Gesandten damit, daß man ihm seine Pässe zuschickt. Die Republikaner behandeln sich gegenseitig mit einem sans fagon, wovon die Monarchisten keinen Begriff haben. Wiewohl über diesem Zermürben noch einiges Dunkel liegt, so kann man doch voraussehen, daß daraus kein Krieg zwischen den zwei größten Republiken der Welt entstehen wird. Die französische ist ja eben im Zuge der Nachgiebigkeit, sie hat in Rom und Gaeta nachgegeben, sie wird in Amerika auch nachgeben, oder vielmehr sie hat schon nachgegeben! denn der Moniteur enthält bereits die Ernennung eines andern Gesandten in Washington. An der Stelle des Herrn Poussin, dem General Taylor seine Pässe zugeschickt, ist Herr Bois-Le-Comte, bis jetzt Minister in Turin, in dieser Eigenschaft nach Nordamerika ernannt; sein Nachfolger in Turin ist Herr Lucian Murat. Die französische Regierung scheint also von vorne herein sich zu fügen, indem sie an die Stelle ihres fortgejagten Vertreters sofort einen anderen ernannt. Der Staatsrath wird hier nun abermals zu entscheiden haben, ob der abgewiesene Minister den Instruktionen der Regierung gemäß gehandelt, indem er durch sein Verfahren Frankreich eine so offenbare Beleidigung zugezogen, die, wenn sie nicht gerechtfertigt wäre, ein dauerndes Zermürben, wo nicht einen Krieg mit einem befreundeten Staate herbeizuführen im Stande gewesen. (D.M.)

Großbritannien. London, 4. Oktober. Der Sekretair der Admiralität hat dem heutigen Standard folgende Mittheilung über die erhaltene Kunde von Capitain Franklin zukommen lassen: Admiralität, 4. Oktober. Aus Benachrichtigungen, welche heute den Lords der Admiralität von dem Herausgeber des Abendblattes "Mercantile und Shipping Gazette" übermacht worden sind, läßt sich einige Hoffnung entnehmen, daß die Anzeige des Capitain Parker vom "Traelove", der aus der Davis-Strasse zu Hull angekommen ist, es seien die Schiffe Sir John Franklin's von den Eingeborenen noch im März dieses Jahres in Prince Regent's Inlet, von Eis eingeschlossen, gesehen worden, nicht unbegründet sei. Aus derselben Quelle ist die Nachricht eingegangen, daß die Schiffe Sir James Ross's sich im Süden von Prince Regent's Inlet befanden, und daß die Fahrzeuge beider Expeditionen in wohlbehaltenem Zustande seien. Diese Hoffnung wird durch eine telegraphische Depesche, die seitdem der Admiralität von dem Mayor von Hull, wo das Schiff "Traelove" gestern Abend anlangte, zugegangen ist, einigermaßen bekräftigt. (5. Oktober. Die Admiralität hat heute nähere Nachrichten aus Hull über Sir John Franklin's Expedition erhalten, aus denen hervorgeht, daß dieser lange vermisste Seefahrer und seine Mannschaft wirklich im März dieses Jahres von den Eskimox in Prince Regent's Inlet gesehen worden, daß der Hauptling dieser Eingeborenen dem Capitain Parker darüber Mittheilung gemacht, und daß letzterer darauf mit seinen Schiffen dorthin aufgebrochen war.

Bermischte Nachrichten. Stettin, 10. Oktober. Seit dem 14. Juni d. bis incl. den 5. Okt. sind an der Cholera erkrankt 1042, gestorben 555, genesen 487 Personen. Vom 6. d. bis heute sind keine neuen Cholerafälle angemeldet. Aus dem Schreiben eines Soldaten aus Frankfurt a. O. theilen wir noch nachträglich über die dem 9ten Inf.-Regiment geschenkte Fahne das Schreiben des Reg.-Commandeurs an den Colberger Magistrat mit:

An Einen Wohlbl. Magistrat zu Colberg. Mit großer und allgemeiner Freude hat das Regiment Colberg, welches ich zu befehligen die Ehre habe, das schöne und sinnvolle Geschenk der Stadt Colberg entgegen genommen. Im Namen jedes Offiziers und jedes Soldaten desselben sage ich dem Wohlbl. Magistrat und jedem Bewohner der Stadt den herzlichsten Dank. Bei allen feierlichen Gelegenheiten wird Colbergs Wappenschild nun dem Regimente vorangetragen werden, und jedes Mitglied desselben wird sich freuen, stets dieses Namens, unser Stolz und unsere Ehre, sich würdig zu zeigen. — Die schöne und bewundernswürdige Stifterei der Fahne ist in bedeutungsvoller Absicht auf Anordnung des Wohlbl. Magistrats den Händen der Entfaltenen Antheilbesitzer anvertraut und von diesen jungen Damen mit eben so viel Liebe als Geschäftlichkeit ausgeführt worden. Das Regiment legt auf diese Anordnung insofern in dankbarer Anerkennung einen ganz besondern Werth, als dieser Name — der Ausdruck für Bürgermuth und Bürgerthue — sowohl mit der Geschichte Colbergs, als auch der unseres Regiments so innig und untrennlich verbunden ist.

Das Regiment hat es sich daher nicht versagen können, jeder der beiden feigen Schwermern ein kleines bleibendes Andenken zu widmen, und bittet den Wohlbl. Magistrat, die Ausbändigung gütigst zu übernehmen, ihm dadurch eine freundliche Annahme zu verschaffen und einen höheren Werth zu verleihen. Einen Wohlbl. Magistrat bitte ich schließlich ganz ergebenst, den Ausdruck einer persönlichen Hochachtung entgegen zu nehmen. Einem Wohlbl. Magistrats ergebenster v. Vagenst.

Die Fahne wurde gegen 12 Uhr Mittags im geschlossenen Kreise dem Bataillon gezeigt, indem der Adjutant dieselbe im Kreise herumtrug. Jedermann freute sich, zu einem Regimente zu gehören, dem so viele und große Ehren erwiesen werden. Allen konnte man deutlich den Wunsch aus den Augen lesen, dem lieben Könige einmal wieder zeigen zu können, daß seine treuen Pommern bereit sind, gern ihr Blut und Leben zum Schutze seiner Person und Aufrechterhaltung der geistlichen Ordnung hinzugeben. — Die Fahne ist 1 1/2 Fuß im Quadrat groß, von mehrfach zusammengelegtem weißen Atlas. Auf der einen Seite befindet sich der preussische Adler in schwarzer Stickerei, auf der anderen Seite das Wappen Colbergs in den herrlichsten Farben; über diesem Wappen eine in Gold gefärbte große Krone. Dann find über demselben die Worte: "Das 9te Infanterie-Regiment (Colberg)", und unter demselben: "Die Entfaltenen Antheilbesitzer", Beides im Halbreife um das Wappen ebenfalls in Gold gestickt. Die Fahne selbst ist mit Goldstrangen umfaßt und wird durch ein starkes weiß und schwarzes Schnur mit Näpfen bei Feierlichkeiten im Schnabel des Adlers am Halbmonde getragen. Unser Major hielt darauf eine herrliche Rede, welcher dann ein schallendes dreimaliges Hoch dem Könige! folgte. Goldin, 6. Oktober. Heute rückte das 2te Bataillon des 8ten Landwehr-Regiments, aus dem Großherzogthume Baden kommend, wie-

der hier ein. Hiervon sind 200 Mann als Stamm hier verblieben, die übrigen Mannschaften aber sofort ausgeliefert und entlassen worden. (P.-M.)

Freienwalde, 6. Oktober. Wir haben heute Nachmittag eine Feierlichkeit gehabt, die zu den traurigsten gehört, welche eine Stadt begehren kann. Fünf Maurer im rüstigen Jünglings- und Mannesalter waren vor 3 Tagen bei ihrer Rückkehr von der Arbeit in der alten Oder ertrunken. In der heitersten Bräutlichkeit im Rabne stehend, reichten sie sich einander die Gläser, umarmten sich und brachten das schwankende, schwache, mit 7 Personen gefüllte Fahrzeug außer Gleichgewicht, es stürzte um, und von den ins Wasser Gefallenen retteten sich nur zwei durch Schwimmen, die übrigen ertranken. Drei der Verunglückten sind Familienväter, wovon einer 6 Kinder hinterläßt, die anderen zwei waren die Stütze armer Eltern! Das Leichenbegängniß war rührend; fast die ganze Stadt begleitete die fünf Särge, und der Prediger hielt auf dem Platze vor der Kirche eine eindringliche Rede. Die Scene war herzerweichend, als die Wittve-Mutter der 6 Kinder laut schluchzte und mehrmals nach einander rief: "theurer Friedrich! wenig Augen blieben trocken, und es fielen nicht bloß in baumwollene Taschentücher Thränen des Mitleids! In künftiger Woche wird ein Oberst-Lieutenant, der sich seit einigen Wochen erst von Potsdam kommend, hier niedergelassen hat, ein Konzert zu Gunsten der Hinterlassenen veranstalten. — Die alte Oder wird übrigens nicht lange mehr Menschen in ihren Wellen begraben, denn gerade in diesen Tagen hat der riesenhafte Bau der Umwallung des Oderstromes begonnen, der das geeignete Oderbruch vor den bisher leider so oft wiederkehrenden Ueberschwemmungen sicher stellen und die alte Oder aus der Reihe der Ströme löschen wird. Der mit großen Kosten von der Regierung auszuführende Bau wird in 3 Jahren vollendet sein. (D. Ref.)

Berliner Börse vom 9 Octbr. Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

Zinsfuß.	Brief.	Geld.	Gem.	Zinsfuß.	Brief.	Geld.	Gem.
Preuss. frw. Anl.	5 106 1/2	105 1/2		Pomm. Pfdb.	3 1/2	95 1/2	95
St. Schuld-Anl.	3 1/2	89	88 1/2	Kur.-u.Nm.de.	3 1/2	95 1/2	95 1/2
Sech. Präm.-Sch.	—	101 1/2	—	Schles. do.	—	—	—
K. u. Nm. Schuld.	3 1/2	—	85 1/2	Abt. Lit. B. gar. do.	3 1/2	—	—
Berl. Stadt. Obl.	5 103 1/2	—	—	Pr. St. Anst.-Sch.	—	98 1/2	—
Westpr. Pfdb.	3 1/2	90	—	Friedrichsd. or.	—	13 1/2	13 1/2
Großh. Posn. do.	4	—	—	And. Glm. act.	—	12 1/2	12 1/2
Bayr. Stadt. Obl.	3 1/2	—	89	Disconto	—	—	—
Bayr. Pfdb.	3 1/2	95 1/2	94 1/2				

Ausländische Fonds.

Zinsfuß.	Brief.	Geld.	Gem.	Zinsfuß.	Brief.	Geld.	Gem.
Russ. Hamb. Cert.	5	—	—	Pola. von Pfdb.	4	—	94 1/2
do. do. 1. Anl.	5	—	—	do. do. 2. Anl.	4	—	—
do. do. 2. Anl.	4	—	—	Hamb. Feuer-Cas.	3 1/2	—	—
do. do. 3. Anl.	4	88 1/2	—	do. Staats-Fr. Anl.	—	—	—
do. v. Rthsch. Lst.	5	—	108 1/2 109	Holl. 2 1/2 p. 100 fl.	2 1/2	—	—
do. Poln. Schatzb.	4	—	80	Kurb. Fr. G. 40 fl.	—	—	34 1/2
do. do. Cert. 1. Anl.	5	91 1/2	91 1/2	Hard. do. 30 Fr.	—	—	—
do. do. 2. Anl.	—	—	—	N. Bad. do. 3 1/2 p.	—	18 1/2	18 1/2
Pol. Pfdb. a. a. C.	4	—	—				

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuß.	Reinnetto.	Tages-Cours.	Priorit.-Actien.	Zinsfuß.	Reinnetto.	Tages-Cours.
Berl. Anst. Lit. A. B.	4	4 91½ bz.		Berl. Anst.	4	94 G.	
do. Hamburg	4	77½ G.		do. Hamburg	4	97½ G.	
do. Stettin-Stargard	4	101½ G.		do. Potsd.-Magd.	4	91 G.	
do. Potsd.-Magdeb.	4	60½ B. 1 G.		do. do.	4	5 99½ bz.	
Magd.-Halberstadt	4	7 —		do. Stettiner	4	5 104½ G.	
do. Leipziger	4	10 —		Magdb.-Leipziger	4	—	
Halle-Thüringer	4	2 66 bz. u. G.		Halle-Thüringer	4	96 G.	
Cöln-Minden	3½	93½ a 3 bz. u. G.		Cöln-Minden	4	99½ B.	
do. Aachen	4	5 49½ G.		Rhein. v. Staat gar.	3½	—	
Bonn-Cöln	5	—		do. 1. Priorität.	4	—	
Münster-Elberfeld	5	68 B.		do. Stamm-Prior.	4	80 B.	
Steele-Vohwinkel	4	36 B.		Münster-Elberfeld	4	—	
Niederrh. Märkisch.	3½	83½ a 3 bz. u. G.		Niederrh. Märkisch.	4	93½ G.	
do. Zweigbahn	4	—		do. do.	4	5 102½ G.	
Überschles. Lit. A.	3½	6½ 106½ B.		do. III. Serie.	4	5 100½ B.	
do. Lit. B.	3½	6½ 103½ B.		do. Zweigbahn	4	80 G.	
Cösl.-Oderberg	4	—		do. do.	4	5 89 G.	
Breslau-Freiburg	4	—		Überschlesische	4	—	
Krakau-Oberschles.	4	6½ a 62½ bz.		Cösl.-Oderberg	5	—	
Bergisch-Märkische	4	51 B.		Steele-Vohwinkel	5	—	
Stargard-Posen	3½	84½ a 84½ bz u. G.		Breslau-Freiburg	4	—	
Brig.-Neisse	4	—					
Anst. Lit. A. B.				Anst. Lit. A. B.			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg				Breslau-Freiburg			
Breslau-Freiburg							

Mittwoch, den 10. Oktober 1849.

Deutschland.

Berlin, 8. Oktober. Die in der Nacht vom 13. auf den 14. August in Hamburg gegen die Königl. Truppen begangenen Exzesse haben die allgemeine Aufmerksamkeit in der ganzen Monarchie in so hohem Grade auf sich gezogen, daß es Pflicht ist, öffentlich auszusprechen, wie vollständig die Erwartungen, welche die Königliche Regierung in Betreff einer Genugthuung für die Ehre der Königl. Truppen hegen mußte, befriedigt sind.

Es konnte von Anfang an kein Zweifel gehegt werden, daß der ehrenwerthe Kern der Bürgerschaft eben sowohl, wie der Senat der Stadt selbst von der tiefsten Entrüstung über jene unwürdigen Exzesse erfüllt waren, und dieses Gefühl ist seitdem durch tatsächliche Schritte auf eine Weise bethätigt worden, welche der alt befreundeten Nachbarstadt höchlich zur Ehre gereicht. Wider die Schuldigen ist eine strenge Untersuchung verhängt, und einen Theil derselben hat die gesetzliche Aburtheilung bereits getroffen.

Da es sich leider herausgestellt hat, daß selbst Mitglieder der Hamburgischen Bürgerwehr in nicht unbeträchtlicher Anzahl ihre Pflicht so weit vergessen konnten, um sich als Aufreizer und Leiter bei den verwerflichen Angriffen zu betheiligen, so erschien eine durchgreifende Purifizierung und Umgestaltung dieses Corps als eine durchaus unerlässliche Maßregel der Genugthuung für die den preussischen Truppen zugesügten Unbilden. Aber eben so sehr verlangte auch die Ehrenhaftigkeit der unbetheiligten Mitglieder der Bürgerwehr selbst, nicht ferner gezwungen zu sein, an der Seite von Individuen zu dienen, welche sich des unverzeihlichen Mißbrauchs der ihnen anvertrauten Waffen schuldig gemacht und dadurch einen Makel auf die Bürgerbewaffnung gebracht hatten. Es ist daher, der von der Königl. Regierung gestellten Forderung gemäß, eine vollständige Reorganisation des Hamburgischen Bürger-Militärs eingeleitet worden, um nicht allein diejenigen Elemente, welche nicht mehr die genügende Garantie für Erfüllung der Zwecke der ganzen Anstalt darbieten, auszuscheiden, sondern auch Bürgerschaften für eine vollkommene Disziplin zu erlangen.

Die Maßregeln, welche der Senat in Folge der Exzesse vom 13. und 14. August für nöthig erachtet hat, um die freie Presse und das Vereinsrecht, ohne sie zu unterdrücken, doch in denjenigen Grenzen zu erhalten, welche nicht überschritten werden dürfen, wenn nicht die Sicherheit des Staats nach innen und außen gefährdet werden soll, sind bereits durch die öffentlichen Blätter bekannt geworden.

Die Königliche Regierung mußte hiermit um so mehr allen billigen Forderungen ein Genüge gethan erachten, als die Aufnahme, welche die Königl. Truppen bei dem größten Theile der Bevölkerung Hamburgs gefunden, Zeugniß ablegte für die in derselben herrschende Stimmung, und als der feierliche und mit großer Majorität gefasste Beschluß der erbgerechten Bürgerschaft, dem Bündniß vom 26. Mai beizutreten, einen tatsächlichen und glänzenden Beweis für das Vertrauen und die freundschaftlichen Gesinnungen gab, welche die freie und Hansestadt Hamburg gegen Preußen hegt.

Diese freundschaftlichen Verhältnisse sind daher in keiner Weise durch jene, nur einem kleinen und irre geleiteten Theil der Bevölkerung zur Last fallende Exzesse als gestört zu erachten, und die fortdauernde Anwesenheit einer geringen Anzahl Königl. Truppen in Hamburg ist nur durch militärische Rücksichten auf die Nothwendigkeit der Verbindung mit den in den Herzogthümern befindlichen Streitkräften bedingt.

Um über die Gesinnungen Hamburgs keinen Zweifel zu lassen, hatte der Senat noch ein besonderes Schreiben an Se. Majestät den König gerichtet, in welchem er den gerechten Schmerz über die unwürdigen Exzesse, wie die Anerkennung des gemäßigten und ehrenhaften Benehmens der Königl. Truppen, in eben so offener, als würdiger Weise auspricht. Se. Majestät haben dies Schreiben aus den Händen des eigens dazu vom Senat beauftragten Bevollmächtigten beim Verwaltungs-Rath, Herrn Syndikus Banks, in besonderer Audienz entgegenzunehmen und Allerhöchstselbst die Versicherung Seiner freundschaftlichen Gesinnungen gegen die verbündete Stadt zu wiederholen geruht.

Das von dem Herrn Syndikus Banks überreichte Schreiben des Senats lautet wie folgt:

Er. Majestät
Friedrich Wilhelm IV.,
Könige von Preußen etc. etc.
Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

Die vielfachen Beweise Königl. Huld, welche unser Staat von Ew. Majestät bisher zu empfangen das Glück gehabt hat, machen es uns zu einer ganz besonderen Pflicht, Ew. Majestät den tiefen Schmerz ehrerbietigst auszusprechen, von dem wir über die unwürdigen Exzesse erfüllt sind, welche am 13ten des vorigen Monats gegen einen Theil der in die Heimat zurückkehrenden Königl. Truppen in unserer Stadt begangen wurden. Die gerechte Entrüstung, welche mit uns die ganze rechtliche Bevölkerung Hamburgs über diese Frevel einer aufgeregten Menge empfinden, mußte noch um so mehr gesteigert werden, als die unter der größten Aufregung bewahrte Mäßigung und besonnene Haltung der Königl. Truppen allein unsere Stadt vor unabsehbarem Unglücke bewahrt hat.

Möge es uns vergönnt sein, zu hoffen, daß Ew. Majestät diese Verletzung der heiligsten Rechte der Bundes-Freundschaft durch einzelne Frevel nicht unserem ganzen Staate zum Vorwurfe anrechnen und uns nicht das Allerhöchste Wohlwollen entziehen werde, welches uns in den Tagen des Brand-Unglücks ein leuchtender Stern geworden ist und uns und alle unsere Mitbürger für immer zu unvergeßlicher Dankspflicht, so wie zu den Gefühlen der tiefsten Ehrerbietung, verbindet, mit welchen wir verharren

Ew. Königl. Majestät allerhöchster Gemüths

Der Senat der freien Hansestadt Hamburg.

(gez.) H. Kellinghusen, Dr., präsidirender Bürgermeister.

(gez.) Ed. Schlüter, Dr., Secretarius.

Hamburg, den 11ten September 1849.

(St.-Anz.)

Berlin, 8. Oktober. Heute hat ein Prozeß seine Endschafft erreicht, welcher seit Jahren bald in seinen konfessionellen, bald in seinen politischen Beziehungen die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich gezogen hat.

Der Dr. Falkson aus Königsberg, Befenner der jüdischen Religion, hatte sich 1846, mit einer Christin aus Königsberg zu Hull von einem Prediger der Dreieinigkeitskirche in den Formen des anglikanischen Ritus trauen lassen und bei der Polizeibehörde beantragt, die Eingehung der Ehe in die Civilstandsliste einzutragen. Der Staats-Anwalt Reuter zu Königsberg beantragte, die eingegangene Ehe für nichtig zu erklären und die bezeichnenden Personen in eine fiskalische Geldbuße zu verurtheilen. Das Ehegericht zu Königsberg hat im Jahr 1847 die Nichtigkeit der Ehe ausgesprochen, den Antrag auf Verhängung einer Strafe aber zurückgewiesen. Die schon früher der öffentlichen Beurtheilung unterbreiteten Erkenntnißgründe, die mit einem großen Aufwand von Gelehrsamkeit unter Prüfung der verschiedenartigsten Rechtsfragen, so wie unter Erörterung mehrerer Territorial- und National-Rechte redigirt waren, konzentrirten sich im wesentlichen auf die Ausführung, daß die Religionsbegriffe der Juden für dieselben eine Ausnahme von der Vorschrift des christlichen Ehegesetzes des §. 136. Tit. I. Th. II. A. L. R., wonach eine gültige Ehe durch die Trauung vollzogen werde, nach dem Edikte von 1842 nothwendig machten, und daß der Befenner einer Religion, deren Grundsätze eine solche Ausnahme bedingten, nach §. 36. I. c. mit einem Christen eine Ehe nicht eingehen könnte. Der Appellations-Senat des Tribunals für Preußen bestätigte die erste Entscheidung. Die Verklagten legten das Rechtsmittel der Revision ein, baten aber zugleich um Sistirung des Prozeßes, weil bei der inzwischen zusammengetretenen National-Versammlung Anträge auf Aenderung der Gesetzgebung eingegangen waren. Bei dieser Lage der Sache wurde die Verfassungs-Urkunde publizirt, deren eifriger Artikel lautet: Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse und der Theilnahme an irgend einer Religionsgesellschaft. In Folge dessen nahm der Staats-Anwalt mit Genehmigung des damaligen Justiz-Ministers die Klage zurück, und erkannte gegen den Klagegrund für besiegelt an. Dagegen lebte er das fernere Ansuchen, die bisherigen Erkenntnisse als wirkungslos zu erklären, als außerhalb seiner Kompetenz liegend, ab. Im heutigen Termine hat das Ober-Tribunal, nachdem der Justizrath Pfeiffer für die Reklamenten plaidirt hatte, und Seitens der Ober-Staatsanwaltschaft die früheren Erklärungen wiederholt waren, erkannt, daß es bei der Erklärung des Staats-Anwalts, das Fundament der Klage für erledigt anzuerkennen und die Klage zurückzunehmen, zu belassen, demgemäß die Erkenntnisse 1. und 2. Instanz, soweit sie die Nichtigkeit der Ehe aussprachen, außer Kraft zu setzen, und die Reklamenten schuldig, die Kosten der 3. Instanz zu tragen. (D.R.)

General v. Schreckenstein ist gestern zu seinem Kommando nach Baden abgegangen.

Berlin, 9. Oktober. Bristol Blätter enthalten Nachrichten über den Bau und die Bestimmung der drei Seeschiffe, welche im November v. J. durch das Reichsministerium daselbst bestellt sind. Es sind dies die Korah, der Razke und die Infa, von denen die erstere bereits unter den Namen Ernst August im Bremer Hafen liegt, die beiden andern aber noch zu Bristol. Es ist merkwürdig, daß in dem gedachten Artikel diese Schiffe geradehin als österreichisches Eigenthum betrachtet werden. Es heißt darin: „Am Donnerstag mandirte die prächtige Kriegsfregate Korah, welche durch die ausgezeichneten Schiffbauer unserer Stadt, Paterson und Morgan, für den österreichischen Dienst erbaut ist, versuchsweise auf dem Canal hieselbst. Unsere Leser werden schon wissen, mit welcher außerordentlichen Schnelligkeit dieses schöne Schiff, eins von den dreien, welche auf Rechnung der österreichischen Regierung hier erbaut werden, vollendet worden ist.“ Demnach folgt eine Schilderung des Schiffs Korah, seines trefflichen Baus, und seiner durch die Probe so vorzüglich bewährten Manövrierfähigkeit. Die Korah wird vorzugsweise Seegeschiff sein; ihre Dampf-Maschinen sollen ihr nur zur Unterstützung dienen, und sind nur auf 260 Pferde Kraft berechnet. Das Schiff ist in seinen Verhältnissen so gelungen, daß es mit allen Kanonen und Vorräthen am Bord, doch 3 Zoll weniger tief ins Wasser sank, als die Berechnung gemacht war. — Zur Einweihungsfeier ward am Bord des Schiffs ein Diner gegeben, das zugleich diente, den überaus raumerfindenden Koch-Apparat zu bewahren, auf dem für 200 Mann gekocht werden kann. Bei Tafel wurde das Wohl des Erbauers, Hrn. Paterson, und des künftigen Capitains, Hrn. Reichardt getrunken. — Wenn wir uns des schönen Schiffs erfreuen wollen, und das Ereigniß, welches es der deutschen Flotte einverleibt, als ein glückliches betrachten dürfen, so muß es doch, zumal bei der jetzigen Lage der politischen Verhältnisse, sehr auffallen, daß nicht nur die Korah, sondern auch die andern beiden Schiffe als österreichisches Eigenthum bezeichnet werden, und beweist dies wohl hinlänglich, in welcher Form und in welchem Geist die Verhandlungen über den Bau gepflogen worden sind, wenn in Bristol eine solche Täuschung obwalten kann. Solchen unwillkürlichen Enthüllungen gegenüber, muß man doch sehr zweifeln, ob die Frankfurter Zeitungen im Recht sind, von der neuesten Berliner Erfindung zu sprechen, wenn von der Absicht die Rede ist, das deutsche Eigenthum mittelst der Centralgewalt, wie österreichisches zu behandeln, und der Flotte die Häfen des adriatischen Meeres zur Ueberwinterung zu bestimmen. (Voss. Ztg.)

Am 5ten d. M. Abends versuchten 13 Verbrecher — darunter 2 auf Lebenslang verurtheilte — aus dem hiesigen Criminal-Gefängnisse zu entfliehen. Dieselben hatten in der Zelle, wo sie detinirt wurden, bereits die halbe Wand durchbrochen, wollten von da in die Münzenkammer, von hier über den Corridor in das Gebäude des Polizei-Präsidii einbrechen, sich dort in dem Zimmer der Criminal-Commissarien deren dort meistens hängenden Arbeiterstöcke bemächtigen, und in diesen verkleidet durch das vordere Thor des Polizei-Präsidii die Stadtvoigtei verlassen. Auch hatten sie beabsichtigt, Feuer anzulegen, damit während des Brandes noch mehr Gefangene Gelegenheit finden möchten, zu entkommen. Die Gefangenen waren mit 2 großen Messern, einer Feile, mehreren Brecheisen und 2

Dietrichen versehen, welche, wie ein Versuch zeigte, die meisten Schlösser in den Stadtvoigtei-Gefängnissen öffneten.
— Die Reitschule in Schwedt ist jetzt vollständig organisiert; die Kommando's der einzelnen Regimenter sind bereits ernannt und treten am 1sten November ihren Marsch an; es fehlt bis jetzt nur noch die Ernennung des Chefs.
(C. C.)

Schweiz.
Aus der Schweiz, 30. September. Die Schweiz, welche ihre Eingebornen von jeher über die ganze Erde zerstreut, schickt auch jetzt ein gutes Contingent nach Californien. Die nähere Veranlassung hierzu ist der Entdecker des californischen Goldstaubs, Namens Suter, der so eben einen Schweizer, der bisher bei ihm war, hierher geschickt hat, um seine in Thun wohnhafte Frau und Kinder abzuholen. Noch viele andere Schweizer werden zugleich die Reise mitmachen, denn der Goldstaub, den der Abgesandte mitgebracht, ist eine mächtige Lockspeise. Auch ein Brief Suter's an einen Berner ist zugleich hier angelangt. In demselben theilt er unter Anderem mit, daß er sich bald wieder in die civilisirte Welt zu begeben gedenke, nachdem er ihr 14 Jahre entzogen gewesen. Zwar wolle er noch einmal mit 3 Freunden ins Gebirge. Eine englische Gesellschaft wache auf seinen Bestrebungen, für welche ihm die nordamerikanische Regierung 54 Millionen Fr. geboten. Aus Mangel an Europäern habe er 80 Indianer im Dienste.
— Eine in St. Gallen niedergesetzte Kommission hat sich aufs Bestimmteste für die Einführung des deutschen Münzfusses in der Schweiz erklärt. Die östliche Schweiz habe eine bedeutende Geschäftsthatigkeit mit Deutschland, mit Frankreich aber so gut wie keine. Die Bank habe wesentlich für 50,000 Fl. aus Augsburg allein zu discontiren. Wenn sie

mit ihrer Meinung nicht durchbringen sollte, so möge die westliche Schweiz sich an Frankreich halten, die östliche werde in dieser Hinsicht mit Deutschland gehen.
— In Freiburg sind so eben 12 Soldaten zu 12 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, weil sie dem letzten Aufgebote nicht Folge geleistet.
— Die Bundesverfassung bestimmt, daß die inneren Zölle fallen sollen. In Folge hiervon werden die Kantonalzölle abgelöst und entschädigt, welche Entschädigung von der Bundeskasse an die Kantone geleistet wird. Noch keine Entschädigung war geringer als 100,000 Schweizer Franken.
(D. Ref.)
Bern, 30. September. Die Ausweisung Mazzini's rührt bei den Behörden auf besondere Schwierigkeiten. Wie man hört, ist eine einschlägige Note Oesterreichs erfolglos geblieben, so daß jetzt eine zweite mit einem Ultimatum eingetroffen sein soll. Man beruft sich schweizerischer Seits auf die guten, mit allen erforderlichen Visen versehenen Pässe Mazzini's, so wie auf die englische Protection, unter welcher er steht.
— Der schweizerische Konsul in Mailand, Herr Raymond, hat bei Radeky wegen der an zwei Schweizer ertheilten Stockbrügel remonstret. Er schreibt darüber hierher: Radeky habe ihm ruhig geantwortet, daß er bestimmt hätte, einen Jeden, der Demonstrationen mache, möge er Franzose, Engländer, Schweizer oder wer immer sein, mit Stockbrügeln zu behandeln. Er wolle der ewigen Demonstrationen um jeden Preis ein Ende machen. „Ich achte“, fügte er hinzu, „Venedig und Venedig, welche sich heldenmüthig verteidigt, aber ich mache keine Umstände mit Leuten, die sich in solche frivolten Demonstrationen einlassen.“
(D. Ref.)

Jede ächte Goldberger'sche Kette ist in einem Kästchen wohl verpackt, das auf der Vorderseite den Namen



GOLDBERGER'S
k. k. Allerhöchst privilegirte galvano-electrische
Rheumatismus-Ketten,
a Stück mit Gebrauchs-Anweisung 1 Thlr., stärkere 1 Thlr. 15 Sgr., und einfache Sorte a 15 Sgr., können wiederholt ihrer ganz besonderen, tausendfach bewährten Kraft und Wirksamkeit wegen als das schnellste und sicherste Heilmittel gegen nervöse, gichtische und rheumatische Uebel aller Art, als:
Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Augenschuß, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Säusen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Leidenweh, Gliederreißen, Lähmungen, Herzklopfen, Schlaflosigkeit u. s. w., empfohlen werden, und wird, statt jeden Eigenlobes, nach wie vor mit der Veröffentlichung von glaubwürdigen Attesten und Zeugnissen über den wahren Werth und Nutzen der Goldberger'schen Ketten unausgesetzt fortgefahren werden. Die beste Bürgschaft für die heilkräftige Wirksamkeit der Goldberger'schen galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten sind wohl ferner für diejenigen, welche sich noch nicht selbst von der Heilkraft dieser Ketten zu überzeugen Gelegenheit hatten, die attestirten Erfahrungen und äußerst günstigen Zeugnisse von mehr denn Sechshundert geachteten Aerzten und glaubwürdigen Privat-Personen, die, in einer gedruckten Broschüre zusammengestellt, in sämtlichen Depots der Goldberger'schen Ketten unentgeltlich ausgegeben, und mehr als alle albernem Marktgeschreiereien, die von den Nachforschern dieser Ketten ausgehen, darthun werden, mit welcher glänzendem Erfolge die Goldberger'schen Ketten angewendet, und welche überraschende Heilungen schon durch sie ausgeführt worden sind. Diese Nachpfeifer und Nachahmer scheinen nicht zu wissen oder wollen es nicht wissen, daß der Werth eines Heilmittels nicht von einer neuen prahlischen und leeren Bezeichnung, sondern davon abhängt, ob sich dieses Mittel auch wirklich schon häufig heil- und wirksam erwiesen und erprobt hat, und daß dann auch derartige Behauptungen authentisch nachgewiesen werden müssen.
Damit nun das verehrliche P. T. Publikum vor möglichem Schaden und Nachtheil, der durch noch gar nicht bewährte, nachgemachte und verfälschte Fabrikate erwachsen kann, bewahrt bleibe, wolle es beim Kaufe derartiger Ketten genau darauf achten, daß eine jede ächte Goldberger'sche Kette auf der Vorderseite ihres Etuis den Namen „J. T. Goldberger“ und auf der Rückseite die beiden obenstehenden Wappen: den k. k. österreichischen Adler und den Goldberger'schen Fabrikstempel, l. e. das Wappen der freien Verghadt Tarnowitz in Goldbrud trägt, und daß diese Ketten in **Stettin** einzig und allein bei den Herren
ZIEGLER & TRIEPKE,
Zunkerstraße und Mönchenbrück-Bollwerk,
Recht und unverfälscht zu den festgestellten Fabrikpreisen vorrätig sind.

J. T. Goldberger's und auf der Rückseite die beiden obenstehenden Wappen in Goldbrud trägt



Substationen.
Verkauf.
Die hiesige belegene, zur Konsumation des Bankiers Alexander Jzig zu Prenzlau gehörenden Grundstücke, nämlich:
a. die hier belegene Redelsmühle mit der dazu gehörigen Dampf-Mahl- und Delmühle, taxirt auf 17,948 Thlr. 14 Sgr. 9 Pf.;
b. das hier in der Mönchenstraße No. 59 des neuen Katasters belegene Haus zu einem halben Erbe, taxirt auf 1999 Thlr. 5 Sgr.;
c. folgende Feldgrundstücke:
aa. ein Kamp mit einem Wiesenstück im kleinen Felde, D. I. No. 3 des Vermessungs-Registers;
bb. der Matskamp mit einem dabei belegenen Wiesengrundstück, D. I. No. 23 des Vermessungs-Registers;
cc. die Wiese bei Pönnort, F. IX. No. 4 des Vermessungs-Registers;
dd. die Wallfadenwiese, F. I. No. 4 des Vermessungs-Registers;
ee. die Reilwiese am faulen Graben, F. II. No. 2 des Vermessungs-Registers;
ff. der Garten vor dem Mühlenhore, früher eine Scheunestelle, zusammen taxirt auf 1025 Thlr.;
d. die am Damm'schen See und am Steindamm belegene Holzablage, bestehend aus den eigenthümlich besessenen Wiesen F. III. No. 10, 11 u. 12, und den erbpachtweise besessenen Wiesen F. III. No. 9 und 13, deren Eigenthum der hiesigen St. Marienkirche zusteht, taxirt auf 1498 Thlr., sollen mit sämmtlichem Zubehör in notwendiger Substation
am 18ten Februar 1850, Vormittags 11 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle öffentlich verkauft werden. Die Taxe, die Hypothekenscheine und die Kaufbedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden.
Damm, den 21sten Juli 1849.
Königliche Gerichts-Kommission.

Für Auswanderer.
Unter ganz besonders billigen und annehmbaren Bedingungen können noch Auswanderungslustige am 15ten Oktober, 1sten und 15ten November d. J. durch neue dreimastige, schnellsegelnde Schiffe über **Bremen nach New-York, Baltimore und New-Orleans** Gelegenheit finden, so wie ich am 15ten Oktober d. J. nach **Sydney in Australien** über **Hamburg** ein Passagier-Schiff befördere. Das Nähere in portofreien Anfragen durch **A. F. Lossow** in Berlin, Spaarwalddhof No. 14.
Mit Bezug auf obige Anzeige erlaube ich mir, mein **Commissions-, Expeditions- & Incasso-Geschäft** in freundliche Erinnerung zu bringen. Gegen die billigste und prompteste Effectuierung bittet um Anträge
A. F. Lossow.
Berlin. No. 14, auf Spaarwalddhof, No. 14 in Berlin.
Proclama.
Die zur notwendigen Substation gestellten Erbschaftsgrundstücke des Gutsbesizers Alexander Friedrich Schroeder zu Arnimwalde, No. 5 a. taxirt auf 1562 Thlr. 23 Sgr. 4 Pf., No. 12 taxirt auf 2198 Thlr. 10 Sgr., und No. 13 taxirt auf 3602 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf., sollen, da der Adjudicator das Kaufgeld nicht bezahlt hat, im Wege der Substation am
13ten März 1850, Vormittags 11 Uhr, an der Gerichtsstelle an den Meistbietenden verkauft werden. Die Taxe und die Hypothekenscheine sind in unserer Registratur einzusehen.
Damm, den 30sten August 1849.
Königl. Kreis-Gerichts-Kommission.
Auktionen.
Polzverkauf.
Am 16ten d. M. sollen in der Brunn'schen Forst, im Holzschlage beim Borwerk Hammelstall, 100 Kiefern einzeln auf dem Stamme gegen sofortige Zahlung öffentlich verkauft werden.
Die Auktion beginnt Vormittags 9 Uhr.

Verkauf beweglicher Sachen.
Da es die Jahreszeit erlaubt, so werde ich, wie im vorigen Jahre, vom 2ten Oktober ab auch in diesem Jahre mit den sogenannten Potsdamer Zimm- und Buttwärken alle Dienstag und Freitag, Mittags 12 Uhr, in Vorrath sein.
G. Kellner,
Rohlmarkt No. 617.
Anzeigen vermischten Inhalts.
Das Cigarren-Lager
von
W. Wolffheim
befindet sich jetzt
Mittwochstrasse No. 1077,
1 Treppe hoch.